

Andreas Höferl:

## **Norman Birnbaum analysiert den Sozialismus „Nach dem Fortschritt“**

Wer dieses Buch über die wechselvolle Geschichte sozialistischer und sozialdemokratischer Bewegungen und Politik in Europa und den USA liest, versteht ihre gegenwärtige Situation, bisweilen Orientierungslosigkeit besser. Der amerikanische Soziologie Norman Birnbaum verfolgt den Weg der sozialen Bewegungen im 20. Jahrhundert und schreibt damit die Geschichte des Sozialismus und der Sozialdemokratie in Europa und Amerika.

Sozialismus sei entstanden als ein Projekt, das durch Ausdehnung der Vorherrschaft der Vernunft auf bislang für unveränderbar gehaltene ökonomische und soziale Prozesse zielt. Sozialismus suche den Markt zu bändigen und unnötiger Ungleichheit von Menschen ein Ende zu setzen. Mit diesen Ideen gelang es dem Sozialismus, unzähligen Menschen die Perspektive eines besseren Lebens zu vermitteln. Dass Ideen zählen, sei bereits das wichtigste Vermächtnis der Französischen Revolution gewesen.

Scheiterte der Sozialismus noch daran, die Menschen davon abzuhalten, in den 1. Weltkrieg zu ziehen, so stellten sich doch unmittelbar danach erste Erfolge ein, von der Oktoberrevolution in Russland bis hin zur Bildung demokratischer Regierungen in Europa.

Birnbaum verweist auch die Verwandtschaft des Sozialismus zu Christentum und zur christlichen Soziallehre. Idee und Praxis der Solidarität, wenn auch auf die Nation ausgerichtet, waren allerdings auch eine starke Komponente der faschistischen und nationalsozialistischen Ideologie. Die Wirtschaftspolitik der Nationalsozialisten, die Übernahme von Keynes' Ideen (hohe Investitionen in Infrastruktur) hatten eine wirtschaftliche Erholung zur Folge, „während die Linken in der Weimarer Republik ideologischen Brudermord verübten“. Und nicht nur sie. Der Erfolg des Faschismus erschütterte in vielen linken Parteien der Zwischenkriegszeit den Glauben, dass der Kapitalismus am Ende sei.

Die Reformen des New Deal waren, vor allem im Zeitraum 1934 bis 1936, das amerikanische Äquivalent einer Sozialdemokratie. Er institutionalisierte die Sozialversicherung, schuf einen gesetzlichen Rahmen für die Gewerkschaften und legitimierte eine stärkere Rolle der Regierung und ihrer wirtschaftlichen und sozialen Verantwortung.

Heute dagegen sind die USA, so Birnbaum, wieder „eine Klassengesellschaft, die es nicht wagt, diesen Namen auszusprechen. In keiner anderen industriellen Demokratie sind Ungleichheiten bei Einkommen und Vermögen so eklatant wie in den USA“. Seine besondere Durchschlagskraft verdanke der Neokonservatismus insbesondere in den USA der Tatsache, dass sich in ihm religiöse und weltliche Energien verbinden.

Nach dem 2. Weltkrieg war zunehmender Pragmatismus zu erkennen: Am erfolgreichsten waren jene sozialistischen Parteien, die ihre Anhängerschaft für konkrete Forderungen nach Behebung eines unmittelbaren Notstands mobilisierten. Das Ziel der radikalen Veränderung gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse wurde zunehmend aufgegeben. Es wurde der Weg in Richtung einer sich selbst regulierenden Gesellschaft eingeschlagen. Verbunden auch mit einer Aufgabe pädagogischer Ziele wie der Erziehung hin zu einer nach dem Solidaritätsprinzip organisierten Gesellschaft.

Mitte der 50er Jahre argumentierte etwa die britische Labour-Partei, dass der Wohlfahrtsstaat verteidigt werden müsse, aber die Aufmerksamkeit dem Wettbewerb um Effizienz

und Produktivität zugewandt werden müsse. Toni Blair gelang 40 Jahre später das Kunststück, in seinem „Dritten Weg einige dieser Allgemeinplätze für neu auszugeben“, so Birnbaum. Auch das Godesberger Programm der SPD (1959) ersetzte Marx durch Keynes, schloss einen Kompromiss mit dem Kapitalismus, folgend der neuen Doktrin „Soviel Staat wie nötig, soviel Markt wie möglich“.

Über „konkurrierende Varianten des Sozialismus“ nach dem 2. Weltkrieg widmet sich Birnbaum auch dem Österreich unter Bruno Kreisky, der „in Mitteleuropa eine Insel des Wohlstands“ geschaffen hatte. Zum ersten Mal schien eine sozialistische Partei – unter Vranitzky und Klima – erfolgreich eine effiziente und relativ humane Variante des Kapitalismus zu steuern, musste aber schließlich feststellen, „dass die österreichischen Vertreter des internationalen Kapitals sehr wohl auf sie verzichten können“. „Als der Konsens erschöpft war, waren die Sozialisten nicht in der Lage, sich auf ein Reservoir moralischer Solidarität zu stützen, um ihre Suche nach neuen sozialen Projekten zu beflügeln.“

Als vorbildlich klassifiziert Birnbaum auch den schwedischen Weg, der sich darin unterschied, nichts zu verstaatlichen, aber „ein außergewöhnliches System von Leistungen in Kultur, Bildung und Gesundheit“ zu entwickeln, was zu einer beträchtlichen Steigerung der Freiheit der Frauen führte, die dadurch zur größten und treuesten Wählergruppe wurden.

Westliche Sozialdemokratien waren allerdings letztlich nicht in der Lage, zu einem historischen Urteil zu kommen, ob die Klassenkonflikte verschwunden oder sind. Dazu kam der nachlassende moralische Eifer der Sozialisten.

Die sozialistische Regierung im Frankreich des Jahres 1981 wurde durch den konzertierten Druck des in- und ausländischen Kapitals von ihrem Kurs abgebracht. Die französische Krise von 1983 spiegelte, so Birnbaum, die Krise der britischen Labour-Regierungen der Jahre 1947 und 1976. Die französische Regierung meinte, dass sie sich auf die Bedingungen der internationalen Märkte einlassen müsse: Es wurde ein harter Sparkurs gefahren, um die Währung zu stabilisieren.

Heute reiche oft schon die Drohung aus, Kapital abzuziehen, um Arbeiter, Gewerkschaften, Kommunen und Regierungen gefügig zu machen. Kapitalflucht sei zwar nichts Neues, doch heute werde sie als Suche nach Investitionsmöglichkeiten gerechtfertigt. „Die neue europäische Architektur ist ein Europa der Bankiers, Aktienmärkte und multinationalen Firmen, nicht aber ein soziales Europa.“, so Birnbaum. Der Souverän seien „die Märkte“, für Birnbaum nichts anderes als ausländische Kreditgeber und Spekulanten.

Auch der sogenannte Dritte Weg vermeide die politische Kontrolle und die Steuerung der Wirtschaft. Er definiert den Staat neu als einen gelegentlichen Mittler zwischen den Anforderungen der wirtschaftlichen Effizienz und den Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit, spricht ihm aber das Recht ab, für ein Gemeinwohl zu stehen. Der Dritte Weg legt das Gemeinwohl in die Hände der Zivilgesellschaft, die überall zu finden ist – in Kirchen, Nachbarschaftshilfen, Gemeinschaften, freiwilligen Zusammenschlüssen. Sie ist aber auch nirgends zu finden: nichts soll die Souveränität des Marktes in Frage stellen. Die Rolle des Staatsbürgers soll in der individuellen Ausübung wirtschaftlicher und sozialer Verantwortung bestehen. Die Funktionen des Wohlfahrtsstaates sollen nach und nach privatisiert werden. Der Dritte Weg sage nichts darüber, worin eine demokratische Kultur bestehen könnte, abgesehen davon, dass man sich in einer gemeinsamen Sprache verständigt, die Bertelsmann, Murdoch und Time Warner vorgeben. Er nimmt das Ende der wirtschaftlichen Selbstbestimmung der Nationen hin und überlässt die globale Wirtschaft den internationalen Banken und multinationalen Konzernen.

Die Eliten wie auch die Öffentlichkeit scheuen die Risiken neuer sozialer Visionen. Akademiker, Politiker und Publizisten propagieren zusammen mit den Managern des Kapitals, was in Frankreich *la pensée unique* (in einer Richtung denken) genannt werde. Der Wohlfahrtsstaat werde von Eliten angegriffen, die ihn früher akzeptierten, und nur halbherzig von denen verteidigt, die am meisten von ihm profitieren.

Ziemlich durchwachsen seien daher die Leistungen der regierenden sozialistischen Parteien Europas. Sie und die amerikanischen Demokraten seien überzeugend in ihrer Rolle als Verteidiger bedrohter Interessen, doch nicht als Initiatoren neuer wirtschaftlicher und sozialer Projekte. Die Kontrolle, die das Kapital über die Massenmedien ausübe, beschneide ihre Fähigkeit, selbst defensive Themen auf die politische Tagesordnung zu bringen. Verzweifelt bemühen sich die Parteien, mit dem Volk zu kommunizieren, für das sich die politische Aktivität auf die Stimmenabgabe beschränkt, wenn es das Wählen überhaupt noch für sinnvoll hält. „Die Kompromissbereitschaft kostete die Reformer die Unterstützung des linken Lagers, ohne ihnen Stimmen aus dem rechten einzubringen“, so Birnbaum.

Aber nichts sei gewonnen, wenn man die Erfolge der Vergangenheit leugne. Eine Gesellschaft sei kein Markt, und Bürger keine Kostenfaktoren.

Die Professionalisierung der Politik habe kaum dazu beigetragen, ihre Qualität zu verbessern. „Statt dessen bilden Akademiker, Bürokraten, Berater, Lobbyisten, Publizisten und Politiker eine zunehmend geschlossene Gesellschaft, die von den Sorgen normaler Bürger weit entfernt ist“, urteilt Birnbaum. Die sozialistischen Parteien seien daher auch für die kritische Jugend nicht mehr attraktiv. Denn der Sozialdemokratie sei damit auch der politische Aktivismus abhanden gekommen. Professionalisierte Führer und Funktionäre kontrollierten die Parteien und Gewerkschaften. Diese Organisationen seien keine staatsbürgerlichen Schulen mehr. Staatsbürger engagierten sich andernorts und würden auch andernorts herangebildet, etwa in den Neuen Sozialen Bewegungen, die sich mit einem breiten Spektrum an Themen beschäftigen.

Die Konzentration der Besitzverhältnisse und die Homogenisierung der Inhalte stelle zusammen mit der Vulgarisierung der Medien eine große Bedrohung für die Demokratie dar. Der Mangel an Seriosität in den Medien trage auch beträchtlich zur Depolitisierung bei.

Der sozialdemokratische Vorstoß für eine Demokratisierung der Wirtschaft - etwa durch Mitbestimmung in den Betrieben - wurde vereitelt. Es gelte daher heute, „Bereiche der Freiheit innerhalb einer Zivilgesellschaft zu schaffen.“ Herbert Marcuse folgend könne der Repression nur ein Ende gesetzt werden durch eine neue Aufklärung.

*Norman Birnbaum: Nach dem Fortschritt - Vorletzte Anmerkungen zum Sozialismus, Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart-München 2003, ISBN 3-421-05515-7*